

NIEDERSCHRIFT

**2. Sitzung (IX. Wahlperiode)
Hauptausschuss**

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 13.11.2014

Beginn:
16:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Haushalt 2015 IX/71.1
 - a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen
 - b) Beratungen über die 3. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012
4. Stellen- und Organisationsplan 2015 der Stadt Korschenbroich sowie der städtischen Eigenbetriebe IX/41.1
5. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Korschenbroich IX/87
6. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung IX/88
7. Sachstandsbericht Verlagerung Eigenbetriebe
8. Mitteilungen
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung Hauptausschusses der Korschebroich vom 13.11.2014

Seite 2 von 26

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

2. Sitzung des Hauptausschusses Donnerstag, 13. November 2014, 16:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Dick, Heinz Josef

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter
Fonk, Petra
Holzenleuchter, Peter
Kauerz, Wolfgang
Krappa, Gerd
Roden, Erwin
Siegers, Thomas
Venten, Marc

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef
Jahny, Paul
Richter, Albert
Wagemann, Frank

(als Vertreter f. Ibach, Dietmar)

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar
Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen
Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Beigeordneter Stadtkämmerer Schultze, Bernd Dieter
Fachbereichsleiter Onkelbach, Georg
Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus
Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika
Pressesprecherin Schirmer, Silke
Stadtinspektor Raddatz, Felix

außerdem anwesend

Stadtverwaltungsrat Baches, Peter
Stadtoberverwaltungsrat Königsmark, Rainer
Stadtamtsrat Schröder, Achim

(ab 18.00 Uhr)

Der Ausschussvorsitzende Heinz Josef Dick eröffnet die 2. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Der Einwohner Friedel Herten meldet sich zu Wort und bezieht sich auf sein Schreiben vom 29.10.2014 und die dort niedergeschriebenen Anregungen zum Haushalt 2015. Im Vorfeld der Sitzung hat er das Schreiben den Fraktionen und der Verwaltung zugeleitet. Es ist dieser Niederschrift als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil beigelegt. Herr Herten bezieht sich auf die einzelnen Aspekte seines Schreibens. So gehe die Verwaltung von falschen Prämissen bei der Berechnung der Steuerkraft und Umlagegrunddaten aus, des Weiteren sei die geplante Steuererhöhung nicht maßvoll. Zweck der Grundsteuer B sei die Finanzierung der kommunalen Infrastruktur, stattdessen habe man in den vergangenen Jahren an der falschen Stelle investiert.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass in den letzten Jahren nicht nur in die Zentralisierung der Verwaltung investiert wurde, sondern beispielsweise auch in Kindertagesstätten und Schulen. Mit Ausnahme der städtischen Straßen habe die Stadt in der Vergangenheit ihre Infrastruktur angemessen unterhalten. Im Übrigen seien die entsprechenden Entscheidungen durch Ratsmitglieder erfolgt, zu denen auch in der Vergangenheit Friedel Herten zählte.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bezieht sich auf die konkreten Behauptungen des Herrn Herten zum Haushalt. Er weist darauf hin, dass im Rahmen des Haushaltsplanes 2014 noch von Schlüsselzuweisungen in den Jahren 2015 (1 Mio. €) und 2016 (0,5 Mio. €) ausgegangen wurde. Zwischenzeitlich sei aufgrund der Modellrechnungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 ersichtlich, dass die Stadt nur im Jahr 2014 von Schlüsselzuweisungen profitiert und in den Folgejahren nicht mehr. Mit Bezug auf die Ausführungen des Herrn Herten unterstreicht Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze, dass die Hebesätze der Stadt Korschbroich keine Auswirkungen auf die Berechnung der Steuerkraft und Umlagegrunddaten hätten, da bei der Berechnung von sog. fiktiven Hebesätzen für alle Kommunen in NRW ausgegangen werde.

Anschließend bezieht er sich auf die geplante höhere Ausschüttung des Städtischen Abwasserbetriebes (SAB) an die Stadt. Der Betrieb sei dazu wirtschaftlich in der Lage, außerdem müsse zwischen handelsrechtlichen und betriebsrechtlichen Voraussetzungen unterschieden werden. Eine Gebührenerhöhung ergibt sich aus diesem Vorschlag nicht.

Herr Herten führt aus, dass die Baukosten des Feuerwehrgerätehauses Liedberg zu hoch gewesen seien. Außerdem gibt er zu Bedenken, ob die Zentralisierung der Verwaltung wirtschaftlich ist. Dies lasse sich anhand der Personalaufwendungen nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert, dass in der Zentralverwaltung in den letzten Jahren sogar Stellen abgebaut wurden. Dagegen entstanden erhebliche Mehraufwendungen in Verbindung mit gesetzlichen Vorgaben zu Kindergärten oder zur Übermittagsbetreuung in Schulen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze ergänzt, dass eine positive Wirtschaftlichkeitsberechnung zum neuen Rathaus vorliegt und die Einwendung des Herrn Herten zum Haushalt 2015 gemäß der Gemeindeordnung NRW Gegenstand der nächsten Ratssitzung sein wird.

Ausschussmitglied Albert Richter erinnert an damalige Konstellationen im Stadtrat. Es irritiere ihn sehr, dass Herr Herten heute Investitionsentscheidungen kritisiert, die er damals als Mitverantwortlicher durchgesetzt hätte. Maßgeblich für alle Investitionen seien immer Ratsentscheidungen. Darüber hinaus seien mit Investitionen, beispielsweise in Schulen, die Verwaltungszentralisierung oder die Behebung der Grundwasser-Problematik, immer konkrete Leistungen für den Bürger verbunden. Abschließend weist er noch auf die im Haushaltssanierungsplan dokumentierten Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen hin.

Herr Herten führt aus, dass in den letzten zehn Jahren hauptsächlich in die Verwaltung investiert worden sei. Ziel sei lediglich die Verbesserung des Arbeitsplatzkomforts für die Mitarbeiter gewesen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bezeichnet die Aussage des Herrn Herten als populistisch. Er rechtfertigt nochmals die Entscheidung zur Zentralisierung der Verwaltung in Korschebroich.

Ausschussmitglied Albert Richter fügt an, dass trotz der durch Wirtschaftlichkeitsberechnungen gestützten Investitionen der vergangenen Jahre die langfristigen Kredite sogar kontinuierlich abgebaut würden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben stellt klar, dass die Unterhaltungsaufwendungen der Stadt im Wesentlichen auf Investitionsentscheidungen der letzten 20 Jahre zurückgehen und auch zu der Zeit, in der Herr Herten Ratsmitglied war, getroffen wurden. Die Finanzlage der Stadt wäre bedeutend schlechter, wenn die städtische Infrastruktur nicht weiter entwickelt worden wäre.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Stadtinspektor Felix Raddatz einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Haushalt 2015

- a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen**
- b) Beratungen über die 3. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012**

Zu Beginn der Haushaltsberatungen weist Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze auf einige wesentliche Eckdaten des Haushaltsentwurfes hin. Er teilt mit, dass eine Erstattung aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) in Höhe von rund 472.000 € aus zeitlichen Gründen nicht mehr in den Entwurf 2015 eingearbeitet werden konnte, da die Information erst nach Aufstellung des Haushaltes bekannt wurde. Des Weiteren habe sich zwischenzeitlich eine Veränderung bei der VHS-Zweckverband-Umlage für 2015 ergeben, hier sei mit Mehrausgaben von 37.000 € gegenüber dem Haushaltsansatz zu rechnen. Herr Schultze führt weiter aus, dass die Einkommensteueranteile sowie die Umsatzsteueranteile der Stadt wie jedes Jahr auf Basis der Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Kommunales

NRW veranschlagt wurden. Hier könnten sich nach Vorliegen der regionalisierten Steuer-schätzungen Ende November leichte Mindererträge gegenüber dem Entwurf ergeben.

Der Haushalt 2015 mit Haushaltssanierungsplan (HSP) könne trotz der genannten Verände-rungen wie vorgelegt verabschiedet werden. Herr Schultze betont, dass sich die Steuererträ-ge derzeit positiv entwickeln. Hinsichtlich der zu bezahlenden Kreisumlagen im Jahr 2015 könnte bezüglich des zu erwartenden Mitnahmeeffekts des Kreises noch Diskussionsbedarf entstehen. Allerdings hätte der Kreis bei Aufstellung seines Doppelhaushaltes 2014/2015 bereits zugesagt, auf den Mitnahmeeffekt zu verzichten. Dieser würde aufgrund der gestie-genen Umlagegrunddaten der Kreiskommunen für 2015 entstehen.

Schließlich bezieht sich Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze auf das ausgehändigte und dieser Niederschrift als Anlage 2 und wesentlicher Bestandteil beigefügte Schreiben der IHK zum Haushaltsentwurf. Die Ausführungen der IHK zu der geplanten leichten Erhöhung der Gewerbesteuer bezeichnet er als übertrieben und offensichtliche Interessenspolitik.

Im Folgenden berät der Hauptausschuss anhand einer Präsentation der Verwaltung die An-träge der Fraktionen zum Haushalt 2015.

Die Haushaltsanträge der Fraktionen sind dieser Niederschrift als Anlage 3 bis 5 und we-sentlicher Bestandteil beigefügt. Des Weiteren wird die zusammengefasste Präsentation der Verwaltung der Urschrift der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.

a) Beratungen über die Haushaltssatzung 2015 mit Haushaltsplan und Anlagen

3.1 Verkauf Hindenburgstraße 56 (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag seiner Fraktion zum Verkauf des ehemaligen Rathauses Hindenburgstraße 56.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach gibt bekannt, dass die Verkaufsverhandlungen bereits weit fortgeschritten seien. Ein konkreter Vorschlag zur Veräußerung könne dem Liegen-schaftsausschuss zu dessen Sitzung am 21.11. zugeleitet werden.

Die Ausschussmitglieder Albert Richter, Marc Venten und Wolfgang Houben befürworten diese Vorgehensweise.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt klar, dass mit dem Verkauf eines solchen Gebäudes sowohl ein einmaliger Veräußerungserlös erzielt werde, als auch jährliche Einsparungen bei den Unterhaltungsaufwendungen und Abschreibungen. Das jährliche Einsparpotenzial bezif-fert er auf rund 47.000 €.

Beschluss-Nr. IX/71.1.1	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss spricht sich für die Veräußerung des Gebäudes Hindenburgstraße 56 aus.	

3.2 Verkauf Alte Schule Steinstraße (Die Aktive)

Ausschussmitglied Paul Jahny spricht sich dafür aus, bezüglich der Gebäude Alte Schule Steinstraße und Sandbauernhof Prüfaufträge an die Verwaltung zu erteilen,

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass hierfür noch Konzepte ausgearbeitet werden müssen. Die Ergebnisse seien erst für die Haushaltsaufstellung 2016 relevant.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell befürwortet den Vorschlag, ein Veräußerungskonzept erstellen zu lassen.

Ausschussmitglied Marc Venten wünscht sich eine Ausweitung des Prüfauftrages auf alle städtischen Immobilien. Seiner Ansicht nach sei die Unterbringung der Nutzer bei Aufgabe von Bürgerhäusern oder Schulen in andere Gebäude nicht einfach, da die städtischen Einrichtungen intensiv durch Bürger genutzt würden.

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter fragt nach, wofür die eventuellen Veräußerungserlöse verwendet würden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert, dass hierdurch die städtischen Liquiditätskredite (Kassenkredite) reduziert werden sollen, also ein Kreditabbau Zielsetzung sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick ergänzt, dass zusätzlich die jährlichen Unterhaltungsaufwendungen, also beispielsweise Bauunterhaltung, Energiekosten, Reinigung, wegfallen und demnach eingespart würden.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell zieht daraufhin den Haushaltsantrag seiner Fraktion zurück und bittet um die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die städtischen Gebäude.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels regt an, nicht genutzte Kapazitäten in städtischen Gebäuden gegebenenfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen zu verwenden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben betont, dass bei der Aufgabe von Gebäuden zwischen dem einmaligen Verkaufserlös und der jährlichen Einsparung zu differenzieren sei.

3.3 Verkauf Sandbauernhof (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht sich für den Verkauf des Sandbauernhofes in Liedberg aus. Insbesondere sei das Gebäude lukrativ und leicht zu veräußern, außerdem könnte der Käufer und damit der weitere Nutzungszweck durch die Stadt beeinflusst werden. Sie bittet um Aufnahme des Vorschlages in das umfassende Gebäudekonzept.

3.4 Konzept Gastronomie Hallensportzentrum (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten erläutert den gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach führt aus, dass eine Vermarktung schwierig sei, da die Räumlichkeiten nicht barrierefrei sind und zum Teil eine Mischnutzung von Sporthalle und Hallenbad vorliegt. Die Verwaltung habe bereits erste Gespräche mit potenziellen Interessenten geführt, allerdings konnten noch keine Ergebnisse erzielt werden. Vielmehr hätten sich Vereine gemeldet, die die Räumlichkeiten ohne Kostenübernahme führen wollten. Eine diesbezügliche Berichterstattung durch die Verwaltung würde noch folgen.

Ausschussmitglied Paul Jahny betont, dass aufgrund des auslaufenden Vertrages die Erstellung eines Konzeptes für den Gastronomiebereich wichtig sei. Er empfiehlt, dies angesichts der Haushaltslage der Stadt zeitnah zu tun.

Ausschussmitglied Albert Richter stellt die Möglichkeit zur Diskussion, andere städtische Gebäude aufzugeben und dafür die Räumlichkeiten des Hallensportzentrums zu nutzen.

Bezogen auf diesen Vorschlag spricht Ausschussmitglied Jochen Andretzky die Möglichkeit an, beispielsweise die Nutzer der Alten Schule Steinstraße bei deren Veräußerung in das Hallensportzentrum zu verlegen.

3.5 Konzept Außenanlage Hallenbad (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten erläutert, dass der Haushaltsantrag seiner Fraktion bewusst offen formuliert wurde. Grundsätzlich sei eine intensivere Nutzung anzustreben, man müsse sich dabei aber auch am Markt orientieren.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell führt Ausschussmitglied Marc Venten weiter aus, dass sowohl die Nutzung durch Gäste des Hallenbades, als auch eine Veräußerung denkbar sei.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach gibt die Größe der Fläche auf Anfrage von Ausschussmitglied Jutta Goebel mit 1.000 bis 1.500 m² an. Sie sei in der Vergangenheit bereits als Parkplatzfläche ins Spiel gebracht worden. Anschließend erkundigt er sich danach, bis wann die Verwaltung die Prüfaufträge zu den städtischen Gebäuden erledigen soll. Er weist darauf hin, dass aktuell nicht ausreichend Personal für eine schnelle Abarbeitung zur Verfügung stünde, was im Übrigen durch einen aktuellen GPA-Bericht unterstrichen würde.

Ausschussmitglied Peter Berger hebt hervor, dass der Bezug für die jetzt erteilten Prüfaufträge an die Verwaltung die Vermeidung der im jetzigen HSP vorgesehenen erneuten Steuererhöhung im Jahr 2018 sei. Er bittet um Vorlage des Konzeptes im Vorfeld der Haushaltsberatungen für 2016.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben bittet darum, die Unterlage rechtzeitig vor den nächsten Haushaltsberatungen vorzulegen, um Nachfragen stellen zu können.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky hält es für sinnvoll, den Untersuchungsauftrag an die Verwaltung nicht nur auf die städtischen Gebäude, sondern auch Grundstücke zu beziehen, sofern diese für Haushaltskonsolidierungsbeiträge in Betracht kommen. Diese Vorgehensweise findet im Hauptausschuss allgemeine Zustimmung.

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter erkundigt sich, ob gegebenenfalls externe Beratung hinzugezogen werden sollte.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sieht dies nicht als erforderlich an. Er betont nochmals, dass derzeit alle städtischen Immobilien genutzt würden und die Aufgabe eines Gebäudes zwangsweise zu einer Standardreduzierung ohne adäquaten Ersatz führen würde.

Beschluss-Nr. IX/71.1.2	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht sämtlicher städtischer Gebäude und Grundstücke zu erstellen und diese vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung zu bewerten. Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss nach der Sommerpause des Jahres 2015 im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2016 vorzulegen.	

3.6 Rad-/Fußweg Rhedung (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Albert Richter erläutert die aktuelle Situation und sieht eine Gefährdung von Fußgängern und Radfahrern. Er spricht sich für eine Verbesserung der Wegesituation aus. Zunächst würden hierzu Planungskosten beantragt, um darauf aufbauend eine Entscheidung über den Ausbau treffen zu können.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze stellt in Aussicht, entsprechende Mittel im Haushalt 2016 vorzusehen.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erkundigt sich nach den Kosten einer solchen Maßnahme.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach bezieht sich auf damalige Planungen, nach denen Kosten von etwa 500.000,00 € zu erwarten seien. Aktuell rechne er aber mit einer höheren Summe.

Während die Ausschussmitglieder Hanne Wolf-Kluthausen und Hanns-Lothar Endell diesen Kostenansatz als sehr hoch bezeichnen, unterstreicht Ausschussmitglied Albert Richter, dass die von Herrn Onkelbach genannten Kosten sich auf eine andere Konzeption beziehen würden, als durch die Fraktionen CDU und SPD nunmehr vorgesehen. Hier sei nur ein kleiner Ausschnitt dessen beabsichtigt, zu dem die Beantragung von Zuschussmitteln möglich sei und für den bereits planerische Grundzüge vorlägen. Mithilfe der beantragten Planungskosten sollten zunächst die Kosten umrissen werden, um dann eine Entscheidung treffen zu können.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt heraus, dass es bei der angesprochenen Straße nicht um eine Kreisstraße handelt und die Stadt insofern Kosten zu tragen hätte. Er schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses den Status quo aufzuarbeiten und eine grobe Kostenschätzung zu erstellen.

Beschluss-Nr. IX/71.1.3	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Die Verwaltung wird beauftragt, in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses den aktuellen Stand bezüglich des Rad- und Fußweges entlang der Rhedung in Kleinenbroich darzustellen und eine grobe Kostenschätzung vorzulegen.	

3.7 „Schanzerweide/Körschgenweide“ (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Wolfgang Kauerz bezieht sich auf die Baugebiete in Glehn. Im Baugebiet „Schanzerweide“ führten derzeit Probleme mit der Entwässerung zu erheblichen Mehrkosten, dagegen sei seiner Meinung nach die Erschließung des Gebietes „Körschgenweide“ einfacher. Er schlägt vor, entweder den Bereich „Schanzerweide“ komplett zu erschließen, oder, soweit dies nicht wirtschaftlich erscheint, stattdessen das Gebiet „Körschgenweide“ zu erschließen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick empfiehlt eine Diskussion hierzu im kommenden Jahr, gegebenenfalls könnte der Vorschlag dann im Jahr 2016 umgesetzt werden.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach sagt zu, das Thema aufzubereiten. Entscheidend sei in diesem Zusammenhang ein Gespräch mit der Bezirksregierung Düsseldorf.

Beschluss-Nr. IX/71.1.4	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Die Verwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss die weitere Entwicklung des Plangebietes „Schanzerweide“ in Glehn im Vergleich zum Plangebiet „Körschgenweide“ unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten darzustellen.	

3.8 Spiel- und Bolzplätze (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Peter Berger hält eine weitere Diskussion zum Thema städtische Spiel- und Bolzplätze für erforderlich, um gegebenenfalls Einsparpotenziale erzielen zu können. Daher sei seiner Meinung nach die Aufarbeitung der Situation und die Vorstellung im Fachausschuss erforderlich.

Beschluss-Nr. IX/71.1.5	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Die Verwaltung wird beauftragt, im zuständigen Ausschuss für Bau und Verkehr eine Übersicht und Auswertung der Anzahl, Lage und Nutzung der einzelnen Spiel- und Bolzplätze einschließlich der geplanten, aber derzeit noch nicht realisierten Flächen, vorzulegen.	

3.9 Veräußerung Grundstück „Fichtenhain“, Friedhof Pesch (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert den Antrag seiner Fraktion und weist auf eine gleichlautende Antragstellung vor drei Jahren hin.

Stadtkämmerer Bern Dieter Schultze sagt zu, die Möglichkeiten zur Veräußerung des Grundstückes gegebenenfalls genauer zu untersuchen. Eine kurzfristige Realisierung sei aber eventuell nicht möglich, da derzeit noch ein Grundstück für den neuen Standort des Feuerwehrgerätehauses Pesch gesucht wird.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bittet um Einbeziehung des Haushaltsantrages in das vorher unter Punkt 3.5 beschlossene Konzept zu den städtischen Gebäuden und Grundstücken.

3.10 Anfrage Umwandlung Friedhofskapellen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bezieht sich auf den Haushaltsantrag seiner Fraktion und fragt nach, ob der Vorschlag, wie seinerzeit im Rahmen der Eröffnungsbilanz festgestellt, immer noch nicht lohnenswert ist.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist darauf hin, dass die Friedhofshalle in Liedberg bereits umgewidmet wurde. Des Weiteren würden sich etwaige Einsparungen nicht direkt auf den städtischen Haushalts, sondern auf den Stadtpflegebetrieb (Gebührenhaushalt) auswirken.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach erläutert die Problematik vor dem Hintergrund des Nutzungsgrades, der Gebühren und eventueller Mischnutzung der Räumlichkeiten. Angesichts der weiterhin rückläufigen Fallzahlen sei die Prüfung anderer Nutzungsarten richtig. Allerdings gibt er zu bedenken, dass auch ein Markt für die Veräußerung vorhanden sein müsse.

3.11 Auslagerung Alarmierungszentrale (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen legt dar, dass sie eine Verlagerung, wie im Jahr 2010 vom Landrat des Rhein-Kreises Neuss empfohlen, möglich sei.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze betont, dass bereits jetzt die Erstalarmierung über die Leitstelle des Rhein-Kreises Neuss durchgeführt werde. Aufgabe der Alarmierungszentrale in Korschenbroich sei die Zweitalarmierung. Des Weiteren seien die Mitarbeiter z.B. für die Wartung der Gerätschaften zuständig. Nun sei es Angelegenheit der Politik, darüber zu entscheiden, ob diese freiwillige Leistung aufrechterhalten werden soll, oder nicht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick unterstreicht ebenfalls, dass die Unterhaltung einer Alarmierungszentrale in Korschenbroich eine freiwillige Leistung darstellt. Die Gemeinde Jüchen würde dies beispielsweise nicht vorhalten. Vorteil einer eigenen Alarmierungszentrale sei allerdings die Abwicklung der Nachfolgeversorgung im Einsatzfall.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen fragt nach, warum ein Verzicht nicht möglich sei.

Bürgermeister Heinz Josef Dick antwortet, dass die Stadt Korschenbroich eine Freiwillige Feuerwehr hat, deren Bestand beibehalten werden sollte. Die Unterhaltung einer Alarmierungszentrale mit fünf Mitarbeitern sei preiswerter, als der Wechsel zur hauptamtlichen Berufsfeuerwehr. Des Weiteren leisteten die Mitarbeiter auch Wartungs- und andere Aufgaben vor Ort, die im Falle einer Schließung anderweitig geregelt werden müssten.

Ausschussmitglied Marc Venten hält den in einer Unterlage der Verwaltung zum Haushalt 2015 genannten Konsolidierungsbeitrag von 215.000 € für nicht realisierbar, da die Geräte- und Wartung auch weiterhin sichergestellt werden müsste. Zudem würde die Alarmierungszentrale bei der Zweitalarmierung von einer genaueren Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten profitieren.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben fragt nach, welcher Einspareffekt überhaupt realisierbar sei. Er bittet um eine aktualisierte und detaillierte Berechnung.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bestätigt, dass der genannte Betrag auf Berechnungen aus dem Jahr 2010 zurückgeht. Bevor die Verwaltung eine neue Berechnung erstellt, sei jedoch ein konkreter Auftrag der Politik hierzu notwendig.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Thomas Siegers stellt Bürgermeister Heinz Josef Dick klar, dass sich Einsparungen im Zusammenhang mit einer Schließung der Alarmierungszentrale im Wesentlichen aus dem Abbau von Personal ergeben würden.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze gibt zu bedenken, dass ein entsprechender Prüfungsauftrag an die Verwaltung für Unruhe bei der Freiwilligen Feuerwehr sorgen würde.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky hält es für sinnvoll, eine präzisierte Konzeption für die Haushaltsberatungen des Jahres 2016 ausarbeiten zu lassen.

Ausschussmitglied Peter Berger schließt sich den Meinungen der Vorredner an und schlägt vor, das Thema so lange ruhen zu lassen, bis neue Erkenntnisse bzw. Ausgangspunkte vorliegen, die eine erneute Betrachtung vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung sinnvoll erscheinen lassen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen Anhaltspunkte gegenüber den Erkenntnissen aus dem Jahr 2010 gibt. Allerdings werde in absehbarer Zeit ein neuer Brandschutzbedarfsplan mithilfe eines externen Beraters aufgestellt. Sollte der Brandschutzbedarfsplan bei unserer Feuerwehr gravierende Mängel feststellen, müsste über die gesamte Wehr und damit auch über die Alarmierungszentrale neu nachgedacht werden.

Beschluss-Nr. IX/71.1.6	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss beschließt, das Thema Aufgabe der Alarmierungszentrale zunächst von der Liste der Konsolidierungsvorschläge zu streichen und erst wieder darüber zu beraten, wenn der neue Brandschutzbedarfsplan vorliegt.	

3.12 Stelle Beigeordneter (Die Aktive)

Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert das Erfordernis des Ausweises der Stelle im Stellenplan 2015. Die Stelle werde wegfallen, da der neue Beigeordnete inzwischen gewählt sei.

Es erfolgt keine Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Aktive.

3.13 Stellenbesetzungssperre (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bezieht sich auf die letzten Controlling-Berichte der Verwaltung zum Haushaltssanierungsplan, aus denen hervorginge, dass das Sparziel bei der Maßnahme 2 – Personal nicht eingehalten werden. Eine Wiederbesetzungssperre für das Jahr 2015, unter Ausschluss von Stellen im Bereich der Kindergarten, halte er daher als Kompensation für sinnvoll.

Bürgermeister Heinz Josef Dick empfiehlt diesbezüglich eine Fallbetrachtung. Die Verwaltung einschließlich des Verwaltungsvorstandes müsse jederzeit in der Lage sein, genügend Personal für die Erledigung der Aufgaben zur Verfügung zu haben.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky erklärt sich mit der vorgeschlagenen Entscheidung von Fall zu Fall einverstanden. Er stellt zur Diskussion, dass das Personalbewirtschaftungskonzept (PBK) ab dem Jahr 2015 generell keine Wiederbesetzungssperren mehr vorsieht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick entgegnet daraufhin, dass ohnehin für eine Vielzahl der anstehenden Personalentscheidungen (Amtsleiter, Beigeordnete) der Rat eine Entscheidung treffen wird.

Stadtkämmerer Herr Schultze führt aus, dass Einsparungen aus Wiederbesetzungssperren ab dem Jahr 2015 nicht mehr angesetzt wurden, da sich die Umsetzung dieser personalwirtschaftlichen Maßnahme als schwierig erwies. Die regelmäßige Berichterstattung zu der Maßnahme 2 – Personal des HSP zeige demnach, dass das Einsparziel insbesondere aufgrund nicht realisierbarer Wiederbesetzungssperren teilweise nicht erreicht werden konnte.

Ausschussmitglied Paul Jahny lehnt generelle Wiederbesetzungssperren ab. Mit Bezug auf das Personalbewirtschaftungskonzept zeigten die Erfahrungen, dass die Verwaltung mit neuen Stellenbesetzungen vorsichtig umgeht.

Bürgermeister Heinz Josef Dick verweist anschließend auf einen GPA-Bericht zum PBK aus dem Jahre 2013. Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert, dass die GPA NRW bezogen auf die Personalsituation in Korschenbroich zu dem Ergebnis kam, dass eine Kompensation bei Verfehlung des Einsparpotenzials auch an anderer Stelle, z.B. dem Bau- oder Energiebereich erfolgen kann. Im Übrigen empfahl die GPA NRW der Stadt Korschenbroich, auf Wiederbesetzungssperren gänzlich zu verzichten.

Ausschussmitglied Peter Berger verweist ebenfalls auf den GPA-Bericht und stellt heraus, dass der Bereich Personal eine bedeutende Rolle für den HSP der Stadt innehat, die GPA aber bereits zu dem Ergebnis kam, dass in Korschenbroich kein signifikanter Personalüberhang erkennbar sei.

Ausschussmitglied Albert Richter erinnert daran, dass hinter einer Stelle auch immer eine konkrete Aufgabe stehe. Bevor man über Stellenreduzierungen oder Besetzungssperren nachdenke, müsse man daher erst Aufgabenkritik üben.

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter teilt diese Meinung und bezeichnet Wiederbesetzungssperren als praxisfremd.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack fügt an, dass Bürger eine funktionierende Verwaltung erwarten. Die Stadt habe bereits jetzt keine üppige Personalausstattung, eine weitere Streichung, wenn auch nur vorübergehend, sei daher nicht zielführend.

Beschluss-Nr. IX/71.1.7	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 14 Stimmen dagegen 2 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt der Antrag der Fraktion Die Aktive, frei werdende Stellen mit Ausnahme des Kindergartenbereiches im Jahr 2015 nicht wiederzubesetzen, bei Ja-Stimmen von Die Aktive und Stimmenthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich ab.	

3.14 Schließung Verwaltungsnebenstellen (Die Aktive)

Ausschussmitglied Jutta Goebel bezieht sich auf den Antrag ihrer Fraktion und erklärt, dass sie eine Schließung der Nebenstellen schon länger befürworte. Aufgrund der jetzigen Möglichkeiten, Anliegen online zu erledigen oder den Bürgerbus nach Korschebroich zu benutzen sei eine Schließung zumutbar. Die frei gewordenen Immobilien könnten dann vermarktet werden und zur Konsolidierung des Haushaltes durch die entsprechenden Erlöse beitragen.

Ausschussmitglied Peter Berger sieht in diesem Zusammenhang nur minimale Einsparungen und bezeichnet das Verwaltungsangebot schon jetzt als „nicht üppig“.

Ausschussmitglied Albert Richter erinnert an den Prüfauftrag an die Verwaltung, der bis zur nächsten Sommerpause alle städtischen Gebäude und Grundstücke vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung umfasst. Er rate dazu, zunächst das Ergebnis abzuwarten.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erinnert an vergangene Diskussionen hinsichtlich des Haushaltsantrages. Damals sei der Vorschlag wegen der geringen Einsparungen und einer ausschließlich für die Nebenstandorte vorhandenen Stelle abgelehnt worden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick bestätigt dies und stellt dar, dass der Betrieb der Nebenstellen Kleinenbroich und Glehn nach Ausscheiden der Person in den Ruhestand über das Bürgerbüro sichergestellt werde. Dieses Personal könne nicht eingespart werden.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben spricht sich aufgrund der ausreichenden Verbindung im ÖPNV bzw. durch den Bürgerbus für den Antrag von Die Aktive aus.

Ausschussmitglied Wolfgang Kauerz will diese Meinung nicht teilen. Am Beispiel Glehn legt er dar, dass das Angebot der Verwaltung genutzt werde und viele Menschen keine Möglichkeit hätten, ohne weiteres nach Korschebroich zu fahren. Im Übrigen könnten keine Personalkosten eingespart werden und die Räumlichkeiten der Nebenstellen würden durch Vereine genutzt, die dann anderweitig untergebracht werden müssten.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels zeigt sich verärgert über die Äußerungen des Herrn Houben und bezeichnet die Kosteneinsparung bei einer Schließung als minimal.

Ausschussmitglied Marc Venten bezieht sich noch einmal auf die anstehende ergebnisoffene Prüfung der Immobilien, unterstreicht aber auch, dass eine Schließung der Verwaltungsnebenstellen aufgrund des vorhandenen Bedarfes grundsätzlich nicht beabsichtigt werde.

Daraufhin zeigen sich die Ausschussmitglieder Wolfgang Houben und Jutta Goebel irritiert über die Aussage, einerseits eine ergebnisoffene Prüfung zu beauftragen, auf der anderen Seite aber die Schließung der Nebenstellen kategorisch auszuschließen. Ausschussmitglied Wolfgang Houben ergänzt, dass entsprechend der Argumentation der Mehrheitsfraktionen auch in anderen Ortsteilen Bürgerbüros eröffnet werden müssten.

Ausschussmitglied Marc Venten stellt klar, dass die Absicht einer Schließung nicht bestehe, bei neuen Erkenntnissen im Rahmen der Prüfung jedoch neu darüber diskutiert werden könne.

Beschluss-Nr. IX/71.1.8	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag von Die Aktive, die Verwaltungsnebenstellen Kleinenbroich und Glehn zu schließen, mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie des Bürgermeisters ab.	

3.15 Fallzahlen Wohngeld (CDU/SPD)

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach sagt die Vorlage eines Berichtes zu.

3.16 Eintrittspreise Hallenbad (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Marc Venten erläutert die Notwendigkeit der Erhebung von Vergleichszahlen anderer Kommunen.

Ausschussmitglied Paul Jahny ergänzt, dass neben der preislichen Gestaltung auch die Öffnungszeiten für das Bevölkerungsschwimmen wichtig seien. Insbesondere müsse die Präsentation des Hallenbades, beispielsweise auf der Internetseite der Stadt Korschebroich, verbessert werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sagt die Verlagerung des Themas in den zuständigen Fachausschuss mit Jahr 2015 zu.

3.17 Zuschuss Sportanlagen (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen erläutert den Haushaltsantrag ihrer Fraktion. Bisher seien im Haushalt 2015 keine neuen Einsparungen enthalten. Zudem bestünden Risiken im Haushaltssanierungsplan, den Haushaltsausgleich in den Jahren 2018 bis 2021 zu schaffen. Die städtischen Sportplätze und Turnhallen hätten mit rund 460.000 € pro Jahr einen hohen Zuschussbedarf. Sie beantragt eine Deckelung dieser Kosten und die Übernahme eines Drittels durch die Nutzer.

Ausschussmitglied Paul Jahny lehnt den Vorschlag der FDP ab. Die Belastung der Vereine mit einem Drittel der genannten Kosten sei nicht zumutbar. Anschließend erinnert er an die Einführung von Energiekostenerstattungen durch die Nutzer im Jahr 2006 und die Reduzierung der städtischen Zuschüsse um 20 % ab dem Jahr 2011, wodurch die Vereine bereits jetzt in erheblichem Maße belastet würden.

Auch Ausschussmitglied Peter Berger lehnt eine höhere Belastung der Vereine ab.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen stellt klar, dass die vorhandene Unterdeckung bei den Sportanlagen nicht komplett durch die Vereine kompensiert werden soll, sondern lediglich abgedeckt.

Bürgermeister Heinz Josef Dick erinnert daran, dass ein Großteil der städtischen Sportplätze und Turnhallen auch für den Schulbedarf vorgehalten werden müsse und alleine aus diesem Grund eine Beteiligung der Vereine in der vorgeschlagenen Höhe nicht umsetzbar sei.

Bezogen auf die Äußerungen des Bürgermeisters stellt Ausschussmitglied Jutta Goebel eine Differenzierung von Sportanlagen bezüglich des Kriteriums Schulsportnutzung zur Diskussion. Eine Aufgabe der nicht für den Schulsport genutzten Anlagen sei ihrer Einschätzung nach denkbar.

Die Ausschussmitglieder Thomas Siegers und Albert Richter sowie das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack sehen den Haushaltsantrag skeptisch und sprechen sich klar gegen eine weitere Belastung der Vereine in Korschebroich aus.

Der Antrag der FDP wird daraufhin zurückgezogen.

3.18 Aufbau ZWAR (FDP)

Bürgermeister Heinz Josef Dick erklärt, dass der Aufbau des ZWAR-Netzwerkes bereits abgeschlossen sei. Im Haushaltssanierungsplan sei dies in der Übersicht der freiwilligen Leistungen, die Beschlussgrundlage der Sparbeschlüsse für den Haushalt 2011 war, nur nachrichtlich aufgeführt.

Der Antrag der FDP wird daraufhin zurückgezogen.

3.19 Seniorennachmittag (FDP)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen spricht sich dafür aus, die städtischen Kosten für den jährlich veranstalteten Seniorennachmittag um ein Drittel zu reduzieren. Die Finanzierung solle mithilfe von Sponsoren gesichert werden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick sieht die Suche nach Sponsoren in diesem Zusammenhang als schwierig an. Eine Reduzierung gefährde die Qualität des Angebotes. Dann könne man den Seniorennachmittag ganz streichen.

Ausschussmitglied Jutta Goebel bezeichnet das Programm des Seniorennachmittages als sparsam kalkuliert, eine Reduzierung des Angebotes sei nicht sinnvoll. Denkbar wäre lediglich ein kompletter Verzicht oder ein Kompromiss, wie beispielsweise eine Veranstaltung alle zwei Jahre.

Die Ausschussmitglieder Marc Venten und Paul Jahny sowie das Ratsmitglied Bernd Makowiack teilen diese Auffassung.

Beschluss-Nr. IX/71.1.9	Abstimmungsergebnis: 1 Stimmen dafür 17 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der FDP, die städtischen Aufwendungen für den jährlichen Seniorennachmittag um ein Drittel zu reduzieren, bei einer Ja-Stimme der FDP ab.	

3.20 Anfrage Orgel St. Andreas (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell erläutert die Anfrage und fragt die geleisteten Zuschüsse der Stadt nach.

Bürgermeister Heinz Josef Dick hebt hervor, dass der Stadt für den Orgelwettbewerb, der alle zwei Jahre stattfindet, keine Kosten entstehen würden. Für die jährlich stattfindende Orgelwoche würde die Stadt dagegen Kosten von rund 3.500,00 € tragen.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze ergänzt, dass diese Kosten bereits in der durch den Rat beschlossenen Deckelung des Kulturbereiches auf 120.000,00 € Zuschussbedarf enthalten seien.

3.21 Informationsschreiben Grundwasser (CDU/SPD)

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze bezieht sich auf die Anfrage der CDU und SPD und stellt klar, dass ein solches Informationsschreiben bei unterjährigen Eigentumsübergängen sinnvoll sei, da hierdurch der entsprechende Personenkreis erreicht werde.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach sagt auf Nachfrage von Ausschussmitglied Jochen Andretzky zu, die Bürgerin, von der die ursprüngliche Anregung gegenüber dem Rat und der Verwaltung ausging, über die nun vorgeschlagene Lösung zu informieren.

Der Hauptausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

3.22 Reinigung Rathaus Glehn und Endreinigung Kirmesplatz (FDP)

Nach eingehender Diskussion stellt Herr Richter fest, dass der Vorschlag der FDP auf eine alte Liste der freiwilligen Leistungen zurückgeht. Die angesprochenen Dinge seien teilweise bereits umgesetzt, zu den Kirmesplätzen wurde eine neue Regelung zur Reinigung getroffen.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach führt weiter aus, dass die Schützenvereine sich an den Kosten der Reinigung der Plätze beteiligen würden. Die restlichen Kosten würden sich unter anderem auf die Verkehrssicherung und Verkehrslenkung beziehen und seien weiterhin durch die Stadt zu tragen.

3.23 Kennzahlen Grünflächenpflege (Die Aktive)

Ausschussmitglied Jutta Goebel zeigt sich verwundert darüber, dass die Ausweisung umfangreicher Kennzahlen im Haushalt jedes Jahr beantragt und auch zugesagt würde, aber trotzdem nie dargestellt wird. Mit Bezug auf die Grünflächenpflege sollten entsprechende Zahlen vorhanden sein.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach schränkt diese Aussage insoweit ein, dass Kennzahlen, die auf eine Vollkostenrechnung hinauslaufen, nicht leistbar seien. Eine grobe Darstellung werde dagegen schon jetzt vorgenommen. Anschließend gibt er zu bedenken, dass bei der Ermittlung von Kennzahlen der Aufwand der Aufbereitung in einem Verhältnis zum Nutzen stehen müsse.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Jutta Goebel unterstreicht Fachbereichsleiter Georg Onkelbach nochmals, dass zusätzliche, über die bisherigen Kennzahlen hinausgehende Darstellungen nicht leistbar seien.

Ausschussmitglied Albert Richter schlägt vor, den Aktiven eine Unterlage zu den Dauer-aufträgen des Stadtpflegebetriebes zur Verfügung zu stellen.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels weist abschließend auf die seinerzeit nachgewiesene Wirtschaftlichkeit des Stadtpflegebetriebes und deren Dokumentation anhand der gepflegten Flächen und dazugehörigen Preise hin.

Beschluss-Nr. IX/71.1.10	Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 3 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt der Antrag von Die Aktive, Kennzahlen für den Bereich der Grünflächenpflege zu erarbeiten, bei 2 Ja-Stimmen von Die Aktive sowie Stimmenthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP, mehrheitlich ab.	

3.24 Darstellung der Folgekosten (Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell führt aus, dass er sich bei Investitionen eine genaue Angabe der Folgekosten wünsche. Die Darstellungen sollten sämtliche Auswirkungen auf die Bilanz und die zu erwartenden Abschreibungen enthalten.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schulze erläutert an den Beispielen "Umbau Gebäudeteil A" und "Kindertagesstätten", dass dies durch die Verwaltung bereits gemacht werde. Hierzu sei in der Verwaltung ein eigenes Investitionscontrolling aufgebaut worden.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell bittet darum, sich Gedanken um eine verbesserte Darstellung und Dokumentation zu machen.

Ausschussmitglied Peter Berger sieht die Dokumentation von Folgekosten bei Investitionsentscheidungen hinsichtlich der dadurch geschaffenen Transparenz als wichtig an, allerdings sei dies hauptsächlich für größere Investitionen interessant. Eine zentrale Regelung über die Dokumentation werde er nicht befürworten, da dies in einigen Fällen nicht in Relation zum Verwaltungsaufwand stünde.

Beschluss-Nr. IX/71.1.11	Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür 13 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss lehnt der Antrag von Die Aktive, bei zukünftigen Investitionen in den Entscheidungsvorlagen auch die bilanziellen Auswirkungen für die kommenden Haushaltsjahre darzustellen, bei Ja-Stimmen von Die Aktive, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP mehrheitlich ab.	

3.25 Eigenkapitalrendite SAB (CDU/SPD)

Ausschussmitglied Paul Jahny erläutert die unterschiedlichen Berechnungsvarianten nach Handelsrecht beziehungsweise nach KAG und bezieht sich auf die vorangegangenen Darlegungen des Stadtkämmerers Bernd Dieter Schultze zu dem Thema Eigenkapitalrendite SAB. Eine Befristung der als Maßnahme 8 im Haushaltssanierungsplan enthaltenen erhöhten Abführung an die Stadt auf fünf Jahre halte er für angemessen. Danach könnte auf Basis einer erneuten Prüfung der Leistungsfähigkeit des SAB entschieden werden, ob diese Regelung beibehalten werden kann, oder nicht.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky ist angesichts der Ausführungen des Wirtschaftsprüfers skeptisch, ob die erhöhte Abführung nach fünf Jahren fortgesetzt werden kann.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze empfiehlt, die Maßnahme zunächst unverändert im Haushaltssanierungsplan zu lassen und für das Jahr 2020 eine erneute Entscheidung im Stadtrat herbeizuführen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick weist daraufhin, dass der Wirtschaftsprüfer auch nur einen Zeitraum über fünf Jahre überblicken könne und daher die Befristung auf zunächst fünf Jahre erfolgen wird. Eine Fortführung dieser Maßnahme sei durch den Prüfer nicht ausgeschlossen worden.

Beschluss-Nr. IX/71.1.12	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschebroich einstimmig, die geplante Erhöhung der Eigenkapitalrendite aus dem Vermögen des Städtischen Abwasserbetriebes (Maßnahme 8 aus der 3. Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes) nach fünf Jahren zu überprüfen.	

3.26 Grundsteuerhebesätze (FDP, Die Aktive)

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen kritisiert die geplante Steuererhöhung bei der Grundsteuer A und B als zu hoch. Es würde suggeriert, die Erhöhung koste jedem Bürger lediglich 3 € oder 4 € im Monat, ihrer Meinung nach sei der Betrag deutlich höher.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze verdeutlicht, dass diese Zahlen korrekt sind. Die Auswirkungen auf den Bürger seien nicht höher, wie von Frau Wolf-Kluthausen vermutet. Insofern könne man den vorgesehenen Anstieg der Grundsteuer B von 425 auf 480 Punkte durchaus als moderat vergleichen, insbesondere im Vergleich mit den anderen Teilnehmern am Stärkungspakt Stadtfinanzen.

Ausschussmitglied Paul Jahny erinnert an die Verpflichtung der Stadt, den Vorgaben des Stärkungspaktes Stadtfinanzen Rechnung zu tragen. Alternative Konsolidierungsmöglichkeiten in der Größenordnung der geplanten Steuererhöhungen lägen nicht vor. Im Anschluss verdeutlicht er anhand der gestiegenen fiktiven Hebesätze des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2015, dass die hieraus resultierende Mehrbelastung für die Stadt durch die Anhebung der Steuern kompensiert werden müsse. Die Erfüllung der Stärkungspaktvorgaben sei entscheidend für die finanzielle Situation der nächsten Jahre, da die Stadt auch für das Jahr 2015 wieder Konsolidierungshilfen in Höhe von 1,7 Mio. € erwarte.

Das Ausschussmitglied Marc Venten positioniert sich ähnlich und unterstreicht, dass anderweitige Konsolidierungseffekte in dieser Größenordnung nicht vorhanden seien. Sollten die Stärkungspakt-Bedingungen nicht erfüllt werden, würde ein vom Land Beauftragter die Geschäfte des Rates übernehmen und ggf. Steuererhöhungen alleine beschließen, wie das Beispiel der Gemeinde Nideggen zeige. Anschließend verdeutlicht er anhand der kommunalen Pro-Kopf-Ausgaben, dass die Stadt Korschebroich im Vergleich zu den übrigen Kreiskommunen relativ geringe Ausgaben hat. Zusammenfassen sei die einzige

Alternative für die vorgeschlagenen Steuererhöhungen die Schließung kommunaler Einrichtungen, wie Sportstätten, Schulen und dem Hallenbad.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell räumt ein, dass die bisher erfolgten Haushaltsanträge bei weitem nicht den Konsolidierungsbetrag der Steuererhöhungen erzielten. Jedoch sei die Thematik schon lange bekannt gewesen. Die Sparvorschläge der Opposition seien dennoch in den letzten Jahren nicht beschlossen worden, die Mehrheitsfraktionen hätten zudem keine substantziellen Vorschläge gemacht.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erinnert an die Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre. Er zeige sich verwundert darüber, dass der Vorschlag seiner Fraktion aus dem Jahr 2010, die Grundsteuer um weitere 10 Punkte zu erhöhen, mehrheitlich abgelehnt wurde, jetzt aber eine Erhöhung um 55 Punkte mitgetragen werde. Dies werte er anlässlich der fehlenden Sparvorschläge der Mehrheitsfraktionen CDU und SPD als nutzlos.

Bürgermeister Heinz Josef Dick kommt auf den Wortbeitrag des Herrn Jahny zurück und erinnert daran, dass die Bedingungen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen zwingend einzuhalten sind. Dies könne nur durch Einnahmeerhöhungen oder Ausgabereduzierungen geschehen. Da auch heute keine substantziellen Vorschläge zu Letzterem unterbreitet wurden, sähe er keine Alternative zu der geplanten Steuererhöhung.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erinnert noch einmal an den erheblichen Gewerbesteuererbruch des Jahres 2012. Damals war der größte Gewerbesteuerzahler der Stadt aufgrund diverser Finanz- und Unternehmensumgestaltungen weggebrochen. Darunter leide die Stadt auch jetzt noch. Würde die immer noch im Stadtgebiet angesiedelte Firma Gewerbesteuer zahlen, wäre die Erhöhung der Grundsteuern nicht mehr notwendig.

Ausschussmitglied Paul Jahny weist auf die im Haushaltssanierungsplan nachgewiesenen umgesetzten Einsparungen hin. Weitere Kürzungen, die beispielsweise die Verteilung der Sportpauschale an Vereine betreffen, lehne er aufgrund der sozialen Verantwortung ab. Grundsteuererhöhungen würden alle in einem vergleichbaren Maßstab betreffen und seien daher die gerechtere Variante. Eine Konzentration auf Kürzungen im Sportbereich sei nicht machbar.

Ausschussmitglied Marc Venten knüpft an die Ausführungen seines Vorredners an. Bezogen auf Herrn Houben legt er dar, dass im Jahr 2010 statt einer höheren Anhebung der Grundsteuer neue Schulden gemacht wurden. Dies sei nun, vor dem Hintergrund des Stärkungspaktes, nicht mehr machbar. Darauf antwortet Ausschussmitglied Wolfgang Houben, das auch eine jährliche Anhebung um 10 Punkte denkbar gewesen sei.

Ausschussmitglied Hanne Wolf-Kluthausen sieht den im Haushaltssanierungsplan ausgewiesenen Haushaltsausgleich der Jahre 2018 bis 2021 dennoch als riskant an und befürchtet in den kommenden Jahren erneute Steuererhöhungen.

Ausschussmitglied Albert Richter erinnert daran, dass trotz der verschiedenen Einsparungen der letzten Jahre in Verbindung mit der höheren Belastung durch gestiegene Kreisumlagen und Gewerbesteuererbrüche Vieles für die Stadt Korschebroich geschaffen worden sei. Daher sei auch die weitere Beteiligung der Bürger über die Grundsteuer in Ordnung. Es seien keine nennenswerten Alternativen dazu erkennbar.

Ausschussmitglied Peter Josef Fels erläutert die Berechnungsgrundlage für die Grundsteuer B. Auf Basis des Einheitswertes seines Hauses rechnet er beispielhaft vor, dass er im Jahr 35 € mehr bezahlen müsse. Er befürwortet die Steuererhöhung, da hierdurch alle Bürger betroffen sind. Die Stadt sei auf die Mehreinnahmen angewiesen.

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter bezeichnet die Thematik als sensibel. Er teilt mit, dass erst nach einer größeren Diskussion innerhalb seiner Fraktion die Steuererhöhungen mitgetragen worden seien. Eine andere Möglichkeit, den Standard der Stadt zu erhalten, sähe er nicht. Anschließend bezieht er sich auf die Stadtentwicklung der letzten Jahre. Insbesondere seien mit der Zeit eine Reihe von Einnahmequellen weggefallen, trotz dessen aber die Ausgaben weiter angestiegen. Das verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip sei daher anhand der Beispiele U3-Betreuung, Übermittagsbetreuung oder Asylproblematik längst zulasten der Städte und Gemeinden ausgehebelt. Er fordert daher eine Neuordnung der grundsätzlichen Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen.

Bürgermeister Heinz Josef Dick fasst zusammen, dass aufgrund der Stärkungspaktvorgaben die vorgesehenen Steuererhöhungen unabdingbar seien. Prognosen für die Zukunft seien auch aufgrund der unklaren Rahmenbedingungen beim Finanzausgleich der nächsten Jahre schwierig.

Das Ratsmitglied mit beratender Stimme Bernd Makowiack wägt die Vor- und Nachteile einer Grundsteuererhöhung ab. Auf der einen Seite verpflichte der Besitz von Eigentum, auf der anderen Seite sei es für ihn unverständlich, warum die Grundsteuer A nicht in gleichem Maße wie die Grundsteuer B erhöht werden soll. Zudem würde sich die Grundsteuererhöhung negativ auf die Attraktivität der Stadt auswirken. Er fragt nach, ob eine Abfederung der Erhöhung durch nicht eingeplante Mehreinnahmen, beispielsweise der zu Beginn erwähnten Erstattung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz, möglich sei. Im Übrigen wundere er sich darüber, dass der auf einen alten Beschluss zurückgehende Forstwirtschaftsplan nicht kostenneutral aufgestellt worden sei.

Ausschussmitglied Erwin Roden erkundigt sich nach den Konsequenzen für eine Verfehlung der Stärkungspaktziele.

Stadtkämmerer Bernd Dieter Schultze erläutert, dass die Vorgaben des Stärkungspaktes durch die jährliche Fortschreibung der Haushaltssanierungspläne nachzuweisen sind. Sofern eine Kommune den im Stärkungspaktgesetz festgeschriebenen Zielen nicht nachkomme, würde als „ultima ratio“ ein Beauftragter der Landesregierung die entsprechenden Beschlüsse ohne Mitspracherecht des Rates oder der Verwaltung herbeiführen.

Niederschrift/ Öffentlicher Teil

2. Sitzung Hauptausschusses der Korschbroich vom 13.11.2014

Seite 22 von 26

Beschluss-Nr. IX/71.1.13	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschbroich mit den Stimmen der Fraktionen CDU und SPD sowie des Bürgermeisters, die im Haushaltssanierungsplan vorgesehenen Steuererhöhungen bei der Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer zu beschließen.</p>	

Beschluss-Nr. IX/71.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>3 a) Der Hauptausschuss der Stadt Korschbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 in der vorliegenden Fassung mit Haushaltsplan und Anlagen zu beschließen.</p> <p>Des Weiteren beschloss der Hauptausschuss folgende Prüfaufträge an die Verwaltung:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht sämtlicher städtischer Gebäude und Grundstücke zu erstellen und diese vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung zu bewerten. Das Ergebnis ist dem Hauptausschuss nach der Sommerpause des Jahres 2015 im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2016 vorzulegen.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss die weitere Entwicklung des Plangebietes „Schanzerweide“ in Glehn im Vergleich zum Plangebiet „Korschbroicherweide“ unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten darzustellen.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, im zuständigen Fachausschuss eine Übersicht und Auswertung der Anzahl, Lage und Nutzung der einzelnen Spiel- und Bolzplätze einschließlich der geplanten, aber derzeit noch nicht realisierten Flächen, vorzulegen.</p>	

Beschluss-Nr. IX/71.1	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>3 b) Der Hauptausschuss der Stadt Korschbroich empfiehlt dem Rat bei Gegenstimmen der Ratsfraktionen Die Aktive, Bündnis 90/Die Grünen und FDP den Haushaltssanierungsplan 2012 in der Fassung der dritten Fortschreibung für die Jahre 2015 bis 2021 zu beschließen.</p>	

4. Stellen- und Organisationsplan 2015 der Stadt Korschebroich sowie der städtischen Eigenbetriebe

Beschluss-Nr. IX/41.1	Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen dafür 2 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschebroich bei Gegenstimmen von Die Aktive, den Stellen- und Organisationsplan der Stadt Korschebroich für das Haushaltsjahr 2015 sowie die Stellenpläne 2015 für den Städtischen Abwasserbetrieb Korschebroich und für den Eigenbetrieb Stadtpflege in den vorliegenden Fassungen zu beschließen.</p> <p>Die Stellen- und Organisationspläne sind der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 7 beigefügt.</p>	

5. Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Korschebroich

Beschluss-Nr. IX/87	Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür 5 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschebroich bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Aktive, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 8 beigefügte Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Korschebroich zu beschließen.</p>	

6. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung

Beschluss-Nr. IX/88	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss der Stadt Korschebroich empfiehlt dem Rat der Stadt Korschebroich, die der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 9 beiliegende Neufassung der Vergnügungssteuersatzung zu beschließen.</p>	

7. Sachstandsbericht Verlagerung Eigenbetriebe

Stadtverwaltungsrat Peter Baches trägt den Sachstandsbericht für die Verlagerung der Eigenbetriebe vor. Er teilt mit, dass die ersten acht Gewerke ausgeschrieben worden seien und die Angebotsöffnung am 06.11.2014 erfolgte. Für alle Gewerke lägen Angebote vor, die sich im Rahmen der Kostenschätzungen bewegen. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass es sich um eine Baumaßnahme im Bestand handelte, sodass Abweichungen möglich seien. Für einen Teil der kleineren Gewerke wurde das Vergabeverfahren eingeleitet, die Angebotsöffnung sei für Dezember vorgesehen. Weiterhin sei der Baubeginn für den 01.12.2014 terminiert, die Fertigstellung wird im 2. Quartal 2015 vorgesehen. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter, die von der Umbaumaßnahme betroffen sind, nutze für die Übergangszeit Räume im Gebäude Hindenburgstraße 56.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben teilt mit, das man ihm von einem Schimmel- und Asbestproblem am neuen Standort Wankelstraße in Glehn berichtet habe.

Fachbereichsleiter Georg Onkelbach äußert sich dazu und erklärt, dass im kein Asbest-Problem bekannt sei. Schimmel sei dagegen in der Tat aufgrund eines Wasser-einbruches im Sommer vorhanden und werde derzeit sukzessive beseitigt. Anschließend erläutert Fachbereichsleiter Georg Onkelbach, dass die Arbeiter der Stadtpflege für die Dauer der Umbauten der Sozialräume vorübergehend in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude Hindenburgstraße 56 untergebracht würden. Für die Sozialräume der Arbeiter des SAB würden provisorisch Räumlichkeiten Am Taubenschlag bereitgestellt. Die Verwaltungsmitarbeiter der beiden Eigenbetriebe sind nach wie vor an der Wankelstraße untergebracht.

8. Mitteilungen

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen teilt zum Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ eine Unterlage zur Unterbringung und Betreuung asylbegehrender Ausländer aus. Die darin enthaltene Auflistung von geeigneten Gebäuden für eine kurzfristige Unterbringung bei Belegungsengpässen sei zur fraktionsinternen Beratung im Vorfeld der Ratssitzung am 27.11.2014 vorgesehen. Die Unterlage ist der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

Ausschussmitglied Albert Richter wirbt um Verständnis, Diskussionen dazu zunächst intern zu führen und nicht über die Presse. Im Sinne aller Beteiligten empfehle er eine Abstimmung im Vorfeld der nächsten Ratssitzung.

Bürgermeister Heinz Josef Dick äußert sich dahingehend, dass Transparenz bei der Thematik von großer Bedeutung sei. Derzeit seien alle Gebäude der Stadt mit Ausnahme der Räumlichkeiten im Hallensportzentrum belegt. Er weist darauf hin, dass die Aufstellung der Arbeitsgruppe der Verwaltung durch politische Beschlüsse abgeändert werden könne. Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Paul Jahny teilt Bürgermeister Heinz Josef Dick mit, dass die Liste allen Ratsmitgliedern zugesendet werde.

Ausschussmitglied Wolfgang Houben erkundigt sich nach den Kriterien, die zu der Priorisierung durch die Verwaltung geführt haben. Er sieht damit ein gewisses Konfliktpotenzial verbunden.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe. So seien beispielsweise die Lage / Infrastruktur der möglichen Standorte in Anbetracht der absehbaren provisorischen Nutzung eher gering gewichtet worden.

Bürgermeister Heinz Josef Dick hält die Vergabe von Prioritäten für erforderlich. Er bittet um konstruktive Vorschläge.

Ausschussmitglied Albert Richter will ebenfalls nicht darauf verzichten.

Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter fragt nach, aus welcher Liste die in die Rangfolge aufgenommenen neun Gebäude ausgewählt wurden. Bürgermeister Heinz Josef Dick erläutert hierzu, dass zunächst 33 Gebäude ausgesucht wurden, aus denen sich bei näherer Untersuchung neun Gebäude als besonders geeignet herauskristallisiert hätten.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky fragt nach, ob noch weitere, in der Unterlage nicht genannte Kriterien angesetzt wurden.

Dies wird von Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen bejaht. So seien bei der Auswahl auch beispielsweise Belegungspläne vom Sport- und Schulamt ausgewertet worden. Zudem hätte es einen Meinungsfindungsprozess innerhalb der Arbeitsgruppe gegeben.

Bürgermeister Heinz Josef Dick spricht konkret die Sporthalle Lüttenglehn an, die durch die Arbeitsgruppe an erster Stelle erwähnt wird. Von einer Notunterbringung in dieser Halle wurde noch vor Wochen Abstand genommen. Des Weiteren sei eine Vorberatung im Ältestenrat am 24.11.2014 vorgesehen.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen unterstreicht nochmals, dass es in diesem Zusammenhang lediglich um Lösungen für die vorübergehende Unterbringung asylbegehrender Ausländer handelte. Den Zeitraum, bis zu dem beispielsweise neue Container-Anlagen für die dauerhafte Unterbringung aufgestellt werden könnten, gibt er mit maximal sechs bis neun Monaten an.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Frank Wagemann erklärt Bürgermeister Heinz Josef Dick, dass das Investitionsvolumen für die provisorische Unterbringung gering gehalten würde.

Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell empfiehlt, den Vereinen im Zweifel andere Sporthallen für die Dauer der provisorischen Unterbringung asylbegehrender Ausländer für die Nutzung in Aussicht zu stellen. Dies wird durch Bürgermeister Heinz Josef Dick bestätigt.

Ausschussmitglied Albert Richter gibt zu bedenken, dass es in kleinen Ortschaften mangels alternativer Räumlichkeiten für die Bürgerschaft zu Problemen kommen könnte und dass er zumindest eine frühzeitige Informationspolitik für notwendig erachte.

Bürgermeister Heinz Josef Dick stellt dar, dass auch kleinere Ortschaften weitere Begegnungsstätten als Alternative besäßen und er daher diese Problematik nicht überbewerten würde. Er verweist nochmals auf die anstehende Diskussion im Ältestenrat und teilt mit, dass die vorgelegte Liste der Arbeitsgruppe auch dem Stadtsportverband zur Kenntnis übersandt werde.

Ausschussmitglied Jochen Andretzky stellt fest, dass das Gebäude Hindenburgstraße 56 bei zeitnaher Veräußerung als Notunterkunft nicht mehr in Betracht kommt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen teilt Herr Onkelbach mit, dass die Bezirksregierung Düsseldorf eine größere Baumfällaktion im Bereich Neersener Weg aus Gründen der Verkehrssicherung plane. Hierzu werde es am 14.11.2014 eine Informationsveranstaltung geben, auf der die Stadt mit dem Mitarbeiter Herrn Dr. Verjans vertreten sein wird.

9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es liegen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.